

DIETER KUHR

## Saubere Aktionen?

*„Daß es bestimmte Kreise juckt, aus der Wiege unserer Verfassung das schönste Patengeschenk, die Freiheit, wegzuzaubern, liegt in der Natur, genauer, in der Unnatur der Sache, um die es diesen Kreisen . . . geht.“* Erich Kästner 1950

Mit der „Warnung vor einer langsamen konservativen Evolution“<sup>1)</sup> allein ist es nicht mehr getan, es ist notwendig, die Auseinandersetzung mit dem „Neokonservatismus“ offensiver zu führen als bisher.

Das Grundgesetz als Garant eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates sollte nicht nur eine Entwicklung abschließen, die über eine konservative Restauration (im Schutze der Weimarer Verfassung) zum nationalsozialistischen Terror führte, sondern zeigte den Weg auf, den ein freiheitliches Deutschland gehen mußte, wollte es mit der Vergangenheit brechen. Angesichts der innen- und außenpolitischen Konstellationen, der politischen und ökonomischen Disharmonien war das Grundgesetz ein „Wechsel auf die Zukunft“, der erst eingelöst werden mußte: Auf- und Ausbau einer demokratischen Industriegesellschaft durch bewußt gestaltende, tolerante und damit mündige Bürger. Die „Demokratisierung“ war also *die* permanente Aufgabe, die sich in Politik und Wirtschaft, Bildung und Kultur stellte.

Sah es anfangs so aus, als gelänge es, entscheidende Durchbrüche zu erzielen, so erwies sich bald, daß die konservativen Kräfte stark genug und willens waren, Auf- fangstellungen zu errichten und allmählich zum Gegenangriff überzugehen. Der Kampf um die *Mitbestimmung* wäre ein Beispiel aus dem ökonomisch-politischen Bereich: erste Etappe — weitestgehende Zustimmung (bis zur Programmänderung auch im Lager der größten Regierungspartei), zweite Etappe — Begrenzung und Einengung, dritte Etappe — Versuche des Aushöhlens und Zurückdrängens. Die *Notstandsgesetzgebung*

1) Hermann Glaser: Rückkehr durch die Hintertür, Vorwärts Nr. 49 vom 2. Dezember 1964.

wäre ein zweites Beispiel; besonders deutlich ist der Versuch, mittels „inneren Notstand“ die gewerkschaftliche Aktivität einzuschränken, ja sie unmöglich zu machen. Daß dabei wichtige Normen unserer demokratischen Ausgangsposition mit über die Klinge springen sollen, braucht an dieser Stelle nicht besonders betont zu werden; der Deutsche Gewerkschaftsbund hat diese Gefahren klar erkannt und Stellung bezogen. Längst ist es zur Gewißheit geworden: Der Kampf wird mit dem Rücken zur Wand ausgefochten. Statt die demokratische Grundordnung *auszubauen*, geht der Kampf heute darum, ihren *Abbau* zu verhindern.

Dabei befinden wir uns in einer Rund-um-Verteidigung, denn die konservativen Hebel setzen gleichzeitig an vielen Punkten an, offen oder versteckt. Zur Zeit jedoch sehr offen und direkt dort, wo man glaubt, auf weniger Widerstand zu stoßen oder mit Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten handeln zu können. Sorgfältig wird darauf geachtet, keine Zusammenhänge erkennen zu lassen, die Spuren zu verwischen und allgemeine Staatsinteressen vorzugeben. Die Interdependenz gesellschaftlicher Aktionen und Reaktionen ist aber zu offensichtlich, um darüber hinwegzutäuschen, daß hier Kräfte am Werk sind, die einheitlich und eindeutig der Restauration und Reaktion dienen. „Nationale Welle“, Notstandsgesetzgebung und der Appell an „das gesunde Volksempfinden“<sup>2)</sup> werden aus denselben Quellen gespeist. Der Notstandsgesetzgebung im politisch-ökonomischen Bereich soll eine Notstandsregelung im kulturellen Bereich folgen.

Hier wie dort werden Verfassungsänderungen vorgeschlagen, sollen Freiheiten „neu geordnet“ werden. Ob diese Initiativen „der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes“<sup>3)</sup> nützen, ist mehr als fraglich. Was die „Aktion Saubere Leinwand“ oder die „Aktion gegen die Diktatur der Zügellosigkeit“ — Transmissionsriemen für „Saubere Filme, die dem kulturellen Niveau unseres Volkes entsprechen“<sup>4)</sup> — landauf, landab durch Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen zu initiieren versuchen, mündete in dem Antrag der Abgeordneten *Süsterhenn, Jaeger, Überländer, Wuermelmg* u. a., den Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes wie folgt zu ändern:<sup>5)</sup>

Statt: „(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“

soll der zweite Satz dann so lauten:

„ . . . Diese Freiheit entbindet nicht von der Treue zur Verfassung und gilt im Rahmen der allgemeinen sittlichen Ordnung.“

(Ursprünglich beabsichtigte Süsterhenn — noch verwaschener formuliert —, die Freiheit der Kunst „durch die ausdrückliche Bindung an das Sittengesetz“ zu begrenzen<sup>6)</sup>).

Höchst bemerkenswert bei der jetzigen Antragsformulierung ist es, daß durch die Zusammenfassung „diese Freiheit“ weit über die Einzelaufzählung „die Freiheit der Lehre“ hinausgegangen wird; summarisch sollen Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre Einschränkungen unterworfen werden, die bisher — zum Teil — nur für die Lehre galten. Es geht also nicht nur darum, „entartete Kunst“ in den Griff zu bekommen, hier wird auch auf Forschung und Wissenschaft gezielt. Bundestagsvizepräsident Dr. *Thomas Dehler* sieht zu Recht, „daß die hinter dem Antrag stehende Geisteshaltung gefährlich ist“, daß sich hinter ihm „eine sachlich gefährliche Tendenz“ verbirgt<sup>7)</sup>.

2) Droht eine Diktatur der Unanständigkeit?. Spiegel-Gespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Adolf Süsterhenn, Spiegel Nr. 21 vom 19. Mai 1965.

3) Prof. Dr. Adolf Süsterhenn: Gegen die Diktatur der Unanständigkeit, Rheinischer Merkur Nr. 18 vom 30. April 1965.

4) Aufruf an die Bevölkerung im Stadt- und Landkreis Regensburg, Bürgeraktion „Saubere Leinwand“, Februar—März 1965.

5) Im Juni-Bericht über die Lage der Jugend, Frankfurter Allgemeine Nr. 115 vom 19. Mai 1965.

6) Aktion „Saubere Leinwand“ und Zensurforderungen, Vorgänge Nr. 5/1965.

7) Thomas Dehler: Keine Zensur des Mittelmaßes — Kunst muß frei bleiben, Interview mit der freien demokratischen Korrespondenz 16/39 vom 18. Mai 1965.

Während der *Spiegel-Aktion* konnte *Adenauer* es nicht mit ansehen, „wenn von einem Blatt. . . systematisch, um Geld zu verdienen, Landesverrat getrieben wird . . .“; die Bürgeraktion will es „nicht länger mit ansehen, wie unter dem Deckmantel der Kunst oder der Gesellschaftskritik (!) das Geschäft... blüht“<sup>8)</sup>. Denn „wer nein zur Bürgeraktion sagt, unterstützt damit jene, welchen entweder ihr Tanz um das Goldene Kalb oder ihre pseudoavantgardistische Führerschaft oder gar ihre Wühlarbeit zugunsten des Kommunismus mehr gilt als Verantwortung für unser Volk und dessen Jugend“<sup>9)</sup>. Nur zur Warnung sei ein ähnlicher Ausspruch zitiert: „Man sieht, der Bolschewismus ist nicht etwa im Anmarsch, sondern er ist mitten unter uns, und die Tatsache, daß keine Regierung es wagt, der planmäßigen Zermürbung aller Begriffe von Ehre, Volkstum und Staat entgegenzutreten, zeigt, daß er unweigerlich siegen wird, wenn nicht noch alle deutsch bewußten Parteien und Verbände in einem einmütigen Protest gegen die Gemeinheiten, die aus Moskau jetzt planmäßig auf dem Wege des Films hereinbrechen, auftreten“<sup>10)</sup>. Wer läßt sich schon — damals wie heute — gern der Wühlarbeit zugunsten des Kommunismus bezichtigen.

Hier werden nicht mehr die Filme „Das Schweigen“ oder „491“ ob ihrer „Dekadenz und Zersetzung“<sup>11)</sup> angegriffen, hier geht es darum, die „nihilistische Saat“<sup>12)</sup> gar nicht erst aufgehen zu lassen. So erspart man sich dann auch die Diskussion darüber, ob es sich um Kunst oder um „unappetitliche Entartungserscheinungen der modernen Kunst“<sup>13)</sup> handelt. Wer beide Filme nicht gesehen hat — wie *Süsterhenn!* —, soll einer eigenverantwortlichen Entscheidung darüber, ob ihm ähnliches in Zukunft „zugemutet“ werden kann, entoben werden; das Urteil bleibt dann einem „Landrat“, einem „Überbürgermeister“ oder einem „staatliche(n) Polizeipräsident(en)“ überlassen<sup>14)</sup>. Hier unterläßt es *Süsterhenn*, für das „gesunde Volksempfinden“ zu plädieren, obrigkeitstaatliche Ukase sollen dem „Durchschnittsmann“ (der ja bei diesen Filmen älter als 18 — also reif für die Wehrpflicht — sein muß!) die Beurteilung ersparen. Den „vorgeschriebenen sittlichen Anstoß“ (*Süsterhenn*), der der Absetzung des Filmes vorauszugehen hat, kann man nur auf einer „höheren Ebene“ (*Süsterhenn*) empfinden, beileibe nicht „der Mann aus dem Volke“. Wahrlich, eine konservative Dialektik zugunsten einer — sonst als überholt bezeichneten — Klassenposition!

Schneller als es den wohlmeinenden Verfechtern einer sauberen Leinwand lieb sein kann, versuchen die Gegner einer „entarteten Kunst“ erneut ihr braunes, angebranntes Süpplein am Feuer der „Bürgeraktion“ zu kochen: „Es kann nicht länger geduldet werden, daß eine gewissenlose Clique unsere nationalen, moralischen und sittlichen Werte systematisch unterhöhlt und verächtlich macht“<sup>15)</sup>. Eben, es gibt „im Hintergrund allemal Leute, die sich die sauberen Parolen zunutze machen, um zur Macht zu kommen“<sup>16)</sup>, gestützt auf das „gesunde Volksempfinden“, das schon einmal „verbannte und verbrannte“<sup>17)</sup>: Im März und Mai vor 32 Jahren wurde in Berlin von den Nazis „entartete Kunst“ verbrannt, gingen Tausende von Kunstwerken in Flammen auf, die „gewissenlose Clique“ von „entarteten Künstlern“ wurde verbannt.

8) Aufruf der Bürgeraktion „Saubere Leinwand“, a. a. O.

9) Verlautbarung der Bürgeraktion „Saubere Leinwand“, München, zitiert in: Bürger sollen die Leinwand säubern, Süddeutsche Zeitung Nr. 124 vom 25. Mai 1965.

10) Alfred Rosenberg: Kampf um die Macht. Aufsätze von 1921—1932, München 1937. Artikel: Panzerkreuzer Potemkin, Völkischer Beobachter vom 11. Mai 1926.

11) So Julius Kardinal Döpfner, laut Regensburger Stadt-Umschau vom 6./7. März 1965.

12) Kai-Uwe von Hassel vor dem evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU, laut Die Zeit Nr. 23 vom 4. Juni 1965.

13) Ludwig Erhard auf einer Parteikundgebung, laut Die Zeit Nr. 23 vom 4. Juni 1965.

14) *Süsterhenn*, Spiegeinterview a. a. O.

15) Grundsätze der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), angenommen auf dem ersten Parteitag am 8. Mai 1965 in Hannover, laut Die Zeit: Wortführer der neuen Generation, Nr. 20 vom 14. Mai 1965.

16) Karl Korn: Aktion?, Frankfurter Allgemeine Nr. 104 vom 6. Mai 1965.

17) Ksnzlergeschmack, Spandauer Volksblatt Nr. 5778 vom 4. Juni 1965.

Wer die Freiheit der Kunst einschränken will, „der ist auch gegen die Freiheit selber, . . . der hilft den Weg ebnen für einen klerikal-faschistischen Staat... — denn schon einmal hieß es: Kunst ist, was dem Volk gefällt.“<sup>18)</sup> Es muß daher „an dem Grundsatz festgehalten werden, daß die Freiheit unteilbar ist — auch wenn dies unbequem erscheint.“<sup>19)</sup>

Sicher, eine bestimmte Gattung von Aufklärungs- und Sittenfilmen läßt die Frage aufkommen, wer das eigentlich verdauen kann und soll; sicher, mit der Sexualisierung sollen Geschäfte gemacht werden; sicher, die Grenzen des guten Geschmacks — wie immer man sie und ihn definieren will — werden oft überschritten. Nur: Was uns auf der Leinwand geboten wird, ist — kurz gesagt — nicht mehr und nicht weniger als die Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse, mehr oder weniger künstlerisch aufbereitet. Die manifestierte Empörung wendet sich aber nun nicht gegen die Wurzeln dieser Mißstände, sondern nur gegen ihr flimmerndes Spiegelbild. Das um sich greifende Mißbehagen über den „bindungslosen, einsamen, bis zum Ekel triebbeherrschten, ausgelieferten, gottlosen Menschen“<sup>20)</sup> wird — bewußt oder unbewußt — vom sozialen Sein abstrahiert, simplifiziert in „gut“ und „schlecht“. Zwar soll — vorerst — „das berechnete Unbehagen der Öffentlichkeit an den Mißständen unserer Gesellschaft auf den Film abgelenkt werden“<sup>21)</sup>, aber der Ideologisierungszug mündet schließlich in die Forderung nach „Durchsetzung einer inneren Ordnung, in der destruktive Elemente keine Chance mehr haben“<sup>22)</sup>. Die Kunst (von der Susterhenn ja ganz allgemein spricht) wird zum gesellschaftlichen Prügelknaben bestimmt, wobei man „übersieht oder unterschlägt, daß wir in einem Wandel der Anschauungen über Sitte und Moral stehen“<sup>23)</sup>, der in einer pluralistischen Gesellschaft die unlösbare Frage aufwirft, „wessen Sittengesetz zum Maßstab dienen soll“<sup>24)</sup>. Welcher Zensor auch immer berufen wird, er läuft Gefahr, die „moralischen Kategorien unserer Gesellschaft nach eigenem Gutdünken“ zu manipulieren oder „Begriffsdefinitionen nach dem Wörterbuch einer taktisch arbeitenden Sittlichkeits-Lobby“<sup>25)</sup> in die Wirklichkeit umzusetzen. Wobei hinzuzufügen wäre, daß solche taktischen Maßnahmen schon heute die reaktionäre Strategie erkennen lassen. Wer, bitte, bestimmt, wer die „normal, billig und gerecht Denkenden in unserem Volke“<sup>26)</sup> sind, die über „Anstand und Sitte“ wachen sollen, ohne daß wir zuerst „Kunstgängelei“, dann „Geschmackschiktatur“ und schließlich „Gesinnungstyrannie“<sup>27)</sup> in Neuauflage erleben müssen. Das Bundesorgan der „Jungen Union“ (*Die Entscheidung*) greift Susterhenn nicht zuletzt deswegen äußerst massiv an und weist darauf hin, daß schon einmal Menschen am Werke gewesen sind, „deren kleinbürgerliches, geducktes, reaktionäres Wesen zur Erfassung dessen, was Kunst ist — Freiheit, Wagnis, Größe —, einfach von der Anlage her nicht imstande waren“<sup>28)</sup>. Nur kurz soll erwähnt werden, daß die Filmkunst schon seit Jahren unter Zensurmaßnahmen zu leiden hat. Die „Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft“ (FSK) schneidet nicht nur die als moralisch anstößig empfundenen Szenen aus „guten“ und „schlechten“ Filmen, sondern betätigt sich auch als eine Art politischer Zensor, der

18) Karsten Peters: Gesundes Volksempfinden? Abendzeitung, Mündien, vom 21. April 1965.

19) Zensur der Kunst? Christ und Welt Nr. 21 vom 21. Mai 1965.

20) Marianne Deblon: Billiges Reizmittel, Leserschrift an die Frankfurter Allgemeine Nr. 110 vom 13. Mai 1965.

21) Rolf Schweizer: Diskussion um „Saubere Leinwand“, Junge Stimme Nr. 10 vom 29. Mai 1965.

22) Wilhelmine Lübke auf der Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes, laut: Aktion „Saubere Leinwand“ und Zensurforderungen, Vorgänge Nr. 5/1965.

23) Karl Korn, a. a. O.

24) Gerd Fischer: Film und Sitte, Neue Rhein Zeitung Nr. 82 vom 6. April 1965.

25) Martin Ruppert in der Allgemeinen Zeitung, Mainz, zitiert nach Argument Nr. 5 vom 20. April 1965.

26) Otto Dullenkopf im badenwürttembergischen Landtag während einer Anfrage an die Regierung über die „Sexualisierung der Öffentlichkeit“, laut: Aktion „Saubere Leinwand“ und Zensurforderungen, Vorgänge Nr. 5/1965.

27) Thilo Koch: Nur keine Zensur, Neue Rhein Zeitung Nr. 130 vom 4. Juni 1965. Vgl. auch Gerhard' Fauth: Polizei in Sicht, Kölner Stadt-Anzeiger Nr. 122 vom 26. Mai 1965.

28) Junge Union geißelt Moralvorstellungen der CDU, Frankfurter Rundschau Nr. 132 vom 10. Juni 1965.

gegen filmische Kritik an Verhältnissen und Personen vorgeht, wenn sie offiziös als unliebsam gilt<sup>29</sup>). Indirekte Zensur übt auch die „Filmbewertungsstelle Wiesbaden“ (FBW) aus, die mit den Prädikaten „wertvoll“ oder „besonders wertvoll“ Filme von der Vergnügungsteuer entlastet, wobei es häufig zu recht sonderbaren Entscheidungen kommt. Und für alle Streifen, die aus dem Ostblock kommen, gibt es einen „Interministeriellen Ausschuß für Ost-West-Filmfragen“, der eindeutig politische Maßstäbe anlegt. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die Tätigkeit dieses Organs verfassungswidrig ist<sup>30</sup>) (Artikel 5 Absatz 1 GG: „Eine Zensur findet nicht statt“).

Gegen diese Formen einer direkten oder indirekten Zensur wird seit Jahren Sturm gelaufen<sup>31</sup>), der „Sauberen Leinwand“ aber geht die FSK (Delegierte des Bundes, der Länder, der Kirchen, der obersten Landesjugendbehörden, des Bundesjugendringes, der Filmwirtschaft) nicht weit genug. So kommt es, daß FSK und Kritiker der FSK jetzt gemeinsam Front machen, um Schlimmeres zu verhüten: „Bevormundung droht! — Der erwachsene Bundesbürger braucht keine Bevormundung“<sup>32</sup>). Die „Diktatur der Unanständigkeit“<sup>33</sup>) ist nicht mit polizeistaatlichen Waffen zu beseitigen, die Zensur ist nicht geeignet, „die Moral zu retten, sondern im Gegenteil, sie zu ersetzen“<sup>34</sup>). Die Alternative zur „Diktatur der Unanständigkeit“ kann nicht „Diktatur durch Zensur“ lauten. Es ist besser, selbst so faschistoide Machwerke wie „Goldfinger“ laufen zu lassen — obwohl ursprünglich die FSK die Jugend vor einer Glorifizierung der Brutalität, des Militarismus und Totalitarismus und vor Völkerverhetzung schützen sollte —, als einer weltanschaulichen Bevormundung und der Diktatur einer bestimmten Geschmacksrichtung Tor und Tür zu öffnen. Sollte es den Sittenwächtern gelingen, „das Recht mit der von ihnen vertretenen Moral gleichzuschalten“<sup>35</sup>), so ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Todesstrafe (Süsterhenn gehört zu den eifrigsten Befürwortern einer dahingehenden Grundgesetzänderung!) für Landesverrat „sittlich“ gerechtfertigt, Kritik an Kultur und Gesellschaft aber . obrigkeitsstaatlich verfolgt wird. Wenn Süsterhenn über seinen Antrag im Bundestag namentlich abgestimmt wissen will, damit „alle Abgeordneten — auch die der SPD und FDP — Gelegenheit haben, Farbe zu bekennen, damit der Wähler weiß, wie er dran ist“<sup>36</sup>), so kann er gewiß sein, daß die Entscheidung „Für die Freiheit der Kunst — Gegen die Diktatur durch Zensur“ lautet. Denn die Mehrheit der Abgeordneten wird wissen, was auf sie zukommt und was *Erich Kästner* 1950 ihnen mahnend zurief, als das „Schmutz- und Schundgesetz“ zur Diskussion stand<sup>37</sup>):

„Die Antragsteller und die Auftraggeber wollen ein Kuratelgesetz gegen Kunst und Literatur zuwege bringen. Sie sagen ‚Schmutz‘ und meinen ‚Abraxas‘<sup>38</sup>). Da für sie beides ein und dasselbe ist, nicht aber fürs Strafgesetzbuch, brauchen sie ein Sondergesetz zur Entmündigung moderner Menschen. Da helfen keine Schwüre, das Gesetz werde großzügig gehandhabt werden. Nicht einmal dann, wenn es keine falschen Schwüre wären. Denn der jetzigen Regierung werden andere folgen. Vielleicht solche, denen es noch viel besser in den Kram paßt, die Kunst, die Bürger und den Feierabend zu dressieren.“

29) Vgl. Lothar Hack: . . . schneiden für Deutschland, littera Band 5, 1964, oder: Filmzensur in der Bundesrepublik, Frankfurter Hefte, Hefte 10—12, 1964.

30) Vgl. Reinhold E. Thiel: Obrigkeitszensur und Gruppenzensur, Filmkritik Heft 2, 1964.

31) Vgl. Uwe Nettelbeck: Filmzensur — bei uns und anderswo, Die Zeit Nr. 18 vom 30. April 1965 (und nächste Ausgaben). Auch: Schreiben der Humanistischen Union an die FSK vom August 1964, zitiert in Frankfurter Hefte, Heft 12, 1964.

32) Plakat der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft, Argument Nr. 5 vom 20. April 1965.

33) Aus dem Bußtagswort des Rates der EKid 1964, laut Spiegel-Interview a. a. O.

34) Hans Habe: Moral braucht keine Zensur, Neue Illustrierte Nr. 22 vom 30. Mai 1965.

35) Dr. Erwin Fischer anlässlich der Podiumsdiskussion „Film und Moral“ in der Universität Heidelberg am 14. Mai 1965, zitiert nach Hanno Reuther: Der Weg einer Entrüstung, Frankfurter Rundschau Nr. 116 vom 20. Mai 1965.

36) Süsterhenn: Gegen die Diktatur der Unanständigkeit, a. a. O.

37) Erich Kästner: Der trojanische Wallach, Erich Kästner — Eine Auswahl, Cecile Dressler Verlag, Berlin 1956.

38) Ein 1948 von der Reaktion heftig bekämpftes, vom damaligen bayerischen Kultusminister verbotenes Ballett des Komponisten Werner Egk.